



Niederschrift

Öffentlicher Teil

WTI/ 09/2015/14-19

Gremium	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Infrastruktur
Sitzung am:	04.11.2015
Sitzungsort	Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.46 Uhr

anwesend:

Ausschussvorsitzende(r)

Frau Karin Kolleyer

Mitglieder

Frau Dr. Mathilde Dau
Frau Helga Hummel
Herr Stefan Radach
Herr Thomas Scherler

Verwaltung

Herr Knobbe

Stellv. Mitglieder

Herr Maik Heinol

Vertretung für Herrn Kay Juschka

sachkundige(r) Einwohner(in)

Frau Angela Herrmann
Herr Detlef Kirchner
Frau Andrea Timm
Herr Carsten Börner

abwesend:

Mitglieder

Herr Kay Juschka
Herr Andreas Eißrig

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|-----|--|
| 1 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung |
| 2.1 | Feststellung von Ausschließungsgründen |
| 3 | Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 02.09.2015 |
| 4 | Mitteilungen der Verwaltung |
| 5 | Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden |
| 6 | Einwohnerfragestunde |
| 7 | Anfragen der Ausschussmitglieder |
| 8 | AWF GmbH i.L. – Diskussion über Ideen und mögliche Konzepte der Gesellschaft |

Öffentlicher Teil

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.
Der Ausschuss ist mit den o.a. anwesenden Mitgliedern/Vertretern beschlussfähig.
Frau Bertz und Herr Eißrig sind krank, Herr Juschka hat Kreistagssitzung. Die Genannten können deshalb nicht teilnehmen.

2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderung zur Kenntnis genommen.

2.1 Feststellung von Ausschließungsgründen

Keine.

3 Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 02.09.2015

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass bisher kein Protokoll vorliegt. Herr Juschka wurde mehrfach daran erinnert und hatte die Erstellung zugesagt, leider ist er dann nicht entsprechend tätig geworden.

Frau Hummel bittet darum, das Protokoll noch nachzureichen, zumindest in Kurzform mit den in der letzten Sitzung besprochenen Anlagen. Es wurde Unverständnis über die fehlende Zuarbeit von Herrn Juschka geäußert, er möge das Protokoll noch fertigen. Die Ausschussvorsitzende sagte zu, sich darum zu kümmern, dass dies zumindest stichpunktartig erstellt wird. Die Anlagen zum Protokoll sollte Frau Bertz liefern, sie kann erst nach Ende ihrer Krankheit wieder tätig werden.

Die Ausschussvorsitzende teilte mit, dass sie Herrn Juschka für die Zukunft aufgrund der Unzuverlässigkeit vom Amt des Protokollanten entbunden hat. Mit Herrn Eißrig wurde abgestimmt, dass er das Amt übernimmt.

Es erklärte sich kein anderes Ausschussmitglied zum Protokollschreiben als Vertretung für Herrn Eißrig bereit, daher übernahm die Ausschussvorsitzende dies ausnahmsweise. Die Sitzung wurde per Aufnahmegerät mitgeschnitten.

4 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Knobbe informiert, dass im Oktober Fördermittelanträge eingereicht wurden. Zum einen für den Stadt-Umland-Wettbewerb, dort wurde der Kaiserbahnhof limitiert. Hintergrund dessen ist, dass dafür auch im Rahmen der lokalen Arbeitsgruppe „Märkische Seen“ Fördermittel zu erwarten sind. Zum anderen wurde auf Bitten des zuständigen Ministeriums die Maßnahme Auktionshaus und Park gesplittet, die Mittel dafür werden erst im nächsten Jahr fließen.

5 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Keine.

6 Einwohnerfragestunde

Es waren zu diesem Zeitpunkt keine Einwohner anwesend.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Dau legte dar, dass der Baumschutz mittlerweile ein großes Problem in der Gemeinde ist, insbesondere in Waldesruh. Es sei zu fragen, ob die Verwaltung effektiv genug mit der Baumschutzsatzung arbeitet.

Das Problem wurde intensiv diskutiert. Frau Kollecker teilte aus ihrer Erfahrung mit, dass nach ihrer Baumaßnahme bis heute nicht geprüft wurde, ob die nach der Baumschutzsatzung notwendigen Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden. Herr Knobbe gab zu bedenken, dass nicht alle Bäume der Baumschutzsatzung unterliegen, dies ist den Laien oft nicht klar.

Es wurde festgestellt, dass in der Verwaltung ein Mitarbeiter für die Überwachung der Baumschutzsatzung zuständig ist, mehr Kapazitäten gibt es nicht. Bei 14.000 Haushalten kann dieser Mitarbeiter nicht alles prüfen. Von den ehemals zwei ehrenamtlichen Baumschützern in der Gemeinde ist nur noch einer aktiv, es müsste mindestens noch ein ehrenamtlicher Baumschützer gefunden werden. Herr Knobbe wurde gebeten, sich um die Ausschreibung für ehrenamtliche Baumschützer zu kümmern.

Verstöße gegen die Baumschutzsatzung können oft nicht geahndet werden, weil es keine Zeugen gibt. Auf Privatgrundstücken haftet der Grundstückseigentümer, aber bei Randstreifen vor den Grundstücken braucht man gerichtsfeste Beweise.

Herr Scherler wies darauf hin, dass der Baumschutz auch bei unserer Baumaßnahme Rudolf-Breitscheid-Str. nicht beachtet wurde, die Bäume wurden nicht ausreichend geschützt und darunter wurden Baumaterialien gelagert, was zur Bodenverdichtung führte. Die Mitarbeiter des Bauamtes, die die eigenen Baustellen überwachen, sollten sich des Themas ebenfalls annehmen.

Herr Radach teilte mit, dass die Gemeindevertretung nach Aufweichung des Baumschutzes im Landesrecht die Baumschutzsatzung für die Gemeinde nur beschlossen hatte, um den Waldcharakter von Waldesruh zu erhalten. Aus rechtlichen Gründen war aber eine Satzung für die Gesamtgemeinde notwendig. Nach unserer Baumschutzsatzung gibt es für Waldesruh schärfere Auflagen als für die anderen Ortsteile.

Die von Herrn Heinol vorgeschlagene Nutzung des Geoportals für den Baumschutz ist nach Auffassung von Herrn Knobbe nicht möglich. Für die Straßenbäume gibt es ein Baumkataster. Für Bäume auf Privatgrundstücken ist dies nicht möglich, der Aufwand wäre unverhältnismäßig hoch.

Der Nabu wird in der übernächsten Pro über die ökologische Bedeutung der Bäume informieren. Frau Dau ist der Meinung, dass dies in der Bevölkerung nicht genug bekannt ist. Frau Timm schlägt einen Bericht des in der Verwaltung für Baumschutz zuständigen Mitarbeiters in der Pro vor, damit die Einwohner über dessen Arbeit informiert werden. Herr Knobbe wird sich darum kümmern.

Frau Timm fragt, ob Auswirkungen einer Berliner Baumaßnahme auf die Ravensteiner Promenade bekannt sind. Herr Knobbe hat davon keine Kenntnis, die Gemeinde wird aber oft erst kurzfristig informiert. Selbst wenn die Gemeinde im Rahmen der Anhörung nicht einverstanden ist, kann das Einverständnis von der Straßenbaubehörde ersetzt werden. Im Übrigen bekommen auch verschiedene Firmen (Telekom u.ä.) Generalgenehmigungen für Arbeiten im Straßenraum, dann werden Einzelbaumaßnahmen erst bei Ausführung bekannt. Herr Knobbe bittet Frau Timm, sich direkt beim zuständigen Berliner Bezirksamt zu erkundigen.

Frau Hummel, fragt, wer für die Reinigung des Zubringers zum ZR 1 zuständig ist. Dort liegt sehr viel Laub, bei Nässe wird Rutschgefahr bestehen. Herr Knobbe ist der Meinung, dass das Land zuständig ist, aber er wird sich um das Problem kümmern.

Nach dem Halloweenfest in Hönow wurde der Weg nicht beräumt, dort liegt nach Auskunft von Frau Hummel viel Müll.

Herr Radach erkundigt sich nach dem Sachstand der Ampelerrichtung an der Friedrichshager Chaussee. Der inzwischen anwesende Herr Molks bekommt dazu einstimmig Rede-recht. Er teilt mit, dass die Bauarbeiten begonnen haben. Diese werden ca. 6 Wochen dauern. Herr Molks hat mit den Bauarbeitern gesprochen.

Frau Herrmann fragt, warum im alten Memory Licht brennt und erkundigt sich nach dem Sachstand. Herr Knobbe teilt mit, dass die Gemeinde den Abriss wünscht, der Eigentümer verweigert dies. Dazu ist ein Rechtsstreit anhängig, die Gemeinde wird wohl auf Abriss klagen müssen.

Der Zustand der Brücke im Lenne´-Park hat sich nach Auskunft von Frau Herrmann nicht gebessert. Sie findet auch ihren Eintrag dazu im Märker nicht mehr. Herr Knobbe weist darauf hin, dass der Märker vom Land betrieben wird, nicht von der Gemeinde. Er wird sich aber dazu erkundigen, bisher gab es solche Beschwerden zum Märker nicht. Die Brücke ist eigentumsrechtlich kompliziert und damit auch die Frage der Verkehrssicherung. Die Brücke gehört der Gemeinde, eine Aufliege-seite dem Nabu und die andere Seite der Brandenburgischen Schlösser GmbH. Die Brücke muss gesperrt werden, wenn sie nicht verkehrssicher ist.

Herr Heinol fragt, ob es Planungen zum Anschluss des Radweges an die Friedrichshagener Straße gibt. Dies ist Herrn Knobbe nicht benannt, ein Zeitfenster kann daher nicht genannt werden.

An der B1 gibt es Planungen für einen Radweg. Dieser soll auf der Seite von Pflanzen-Kölle verlaufen, dafür hat unsere Gemeinde extra Grundstücke erworben. Es ist allerdings auch dort völlig unklar, wann der Plan umgesetzt wird.

8 AWF GmbH i.L Diskussion über Ideen und mögliche Konzepte der Gesellschaft

Nach einleitenden Worten der Ausschussvorsitzenden informierte Herr Knobbe über die Ergebnisse der Gesellschaft in den Jahren 2013 und 2014. Die Übersicht über die Zahlen wird als Anlage zum Protokoll gegeben.

Im Jahr 2013 gab es einen Verlust. Dieser resultiert aus der Entlohnung der externen Liquidatoren. Im Jahr 2014 erzielte die Gesellschaft einen Gewinn. Dieser ist Ergebnis eines Grundstücksverkaufes und der nicht mehr notwendigen Entlohnung externer Liquidatoren. Es gibt steuerliche Verlustvorträge, die sich von 2013 auf 2014 leicht verringert haben (ca. 6,5 Mio. €). Bei endgültiger Liquidation der Gesellschaft würden diese untergehen.

Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft nicht, der Kontostand beläuft sich auf ca. 1.2 Mio. €. Die Gesellschaft verfügt noch über 2 Grundstücke, eines davon hat 2 Hausnummern. Das größere Grundstück liegt in der Industriestraße, es gibt Verhandlungen mit einem Nachbarn über den Verkauf. Das kleinere Grundstück liegt am Kreisverkehr. Auch dort laufen Verhandlungen mit einem auf dem Gewerbegebiet ansässigen Unternehmen über den Verkauf. Alle weiteren Grundstücke, die nicht bebaut sind, sind bereits verkauft. Leider werden diese durch die Eigentümer nicht bebaut.

Es gibt noch immer zahlreiche Anfragen, ob auf diesem Gewerbegebiet noch Flächen frei sind. Die interessierten Firmen lassen sich leider nicht auf andere Flächen (z.B. bei Carena) verweisen.

Frau Kolleyer bat um Auskunft, ob der Verlustvortrag auch bei Änderung des Geschäftszweckes der Gesellschaft erhalten bleibt. Dies ist nach Auskunft von Herrn Knobbe der Fall.

Frau Kolleyer wies darauf hin, dass den derzeit für die Gemeinde tätigen Wohnungsverwaltungen gekündigt wurde zu Ende 2016. Es gab Überlegungen, die Verwaltung über die AWF zu leisten. Dazu ist zu prüfen, ob sich dies lohnen würde. Die Gemeinde verfügt über ca. 180 Objekte, eine Verwaltung ist nach einer Auskunft von Herrn Knobbe erst bei 300 bis 400 Objekten sinnvoll.

Frau Dau fragt, wie groß die noch nicht verkauften Flächen im Gewerbegebiet im Verhältnis zur Gesamtgröße sind. Es handelt sich um ca. 1 %.

Auf Nachfrage von Herrn Radach teilt Herr Knobbe mit, dass aktuell kein Personal bei der AWF beschäftigt wird. Es gab mal eine Konstruktion, dass vom Landkreis entlohntes Personal bei der AWF angestellt war, aber diese Maßnahme ist beendet.

Herr Radach sprach sich gegen die Eigenverwaltung des Wohnungsbestandes aus.

Frau Kolleyer schlug vor, die Gesellschaft zur Errichtung von Wohnungen zu nutzen, z.B. Sozialwohnungen auf dem ehemaligen KWO-Gelände. Herr Radach vertrat die Auffassung, dass dies nicht kostendeckend möglich sei.

Frau Herrmann fragte, weshalb die Gesellschaft nicht abgewickelt wird. Frau Kollecker erläuterte, dass dann der bestehende Verlustvortrag gegen neue Gewinne gerechnet werden kann und damit steuermindernd wirkt. Frau Herrmann bezweifelte, dass ein Geschäftszweck gefunden werden könne, mit dem Gewinne erwirtschaftet werden.

Herr Scherler schlug vor, über die Gesellschaft gemeindeeigene Immobilien zu errichten, z.B. den Neubau der Gebrüder-Grimm-Schule. Das würde das Bauvorhaben wesentlich vereinfachen, da die Gesellschaft z.B. bei Ausschreibungen nicht so viele Vorgaben zu beachten habe wie die Gemeinde. So könne der Baubereich entlastet und Fachleute eingestellt werden.

Herr Radach schlug vor, Dr. Erdmann aus Potsdam nochmals einzuladen, damit er die Gemeindevertreter zu diesem Thema schult. Herr Knobbe hat dies bereits getan, die Schulung wird voraussichtlich im ersten Quartal des nächsten Jahres stattfinden. Dr. Erdmann soll dort auch erläutern, was im Rahmen so einer Gesellschaft machbar ist.

Dazu schlug Herr Radach vor, auch Gäste aus Neuenhagen einzuladen. Neuenhagen betreibt eine Gesellschaft, damit sind die Neuenhagener aber auch nicht unbedingt glücklich. Herr Knobbe bat die Anwesenden, dazu z.B. Parteikollegen aus Neuenhagen um Teilnahme an der Schulungsveranstaltung zu bitten, um ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten. Er wird Vertreter der dortigen Verwaltung einladen.

Herr Scherler schlug vor, Herrn Grabe aus Strausberg einzuladen. Dort sei die Gesellschaft wesentlich breiter aufgestellt. Nach Meinung von Herrn Knobbe sind die Verhältnisse nicht vergleichbar, da dort der Wohnungsbestand größer ist als bei uns und dort auch Energieerzeugung betrieben wird, die sich bei uns ebenfalls nicht anbietet.

Herr Scherler bat zu bedenken, dass Gesellschaften der öffentlichen Hand mit nur einem Geschäftszweck meist scheitern. Dies hätten die Erfahrungen in unserem Landkreis gezeigt. Die Gesellschaft müsse daher breit aufgestellt werden. Es funktionierten weder nur Wohnungsverwaltung noch nur Stadtwerke.

Stadtwerke sind bei uns nicht möglich, wie Herr Knobbe sagte, weil die Siedlungserweiterung mit Fernwärme betrieben wird, für andere Gebiete besteht ein Leitungsproblem. Der Eigentümer der Schwimmschule in Hönow betreibt ein Blockheizkraftwerk, auch dort war eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Gemeinde nicht möglich.

Herr Knobbe teilte mit, dass lediglich die Erzeugung von Solarstrom sinnvoll möglich ist.

Es muss nach Auffassung von Herrn Knobbe ein Konzept gefunden werden, dass sich langfristig trägt. Nicht alle Geschäftsfelder müssen gleichzeitig eröffnet werden, aber es müssen entsprechende Planungen erfolgen.

Frau Kollecker schlug die Erschließung von Gewerbeflächen auf der anderen Seite der B 1 vor. Den Einwand von Herrn Radach, dass uns diese Flächen nicht gehören, wies Herr Knobbe zurück, denn dies war beim jetzigen Gewerbegebiet auch nicht der Fall. Dies wäre allerdings ein langfristiges Projekt.

Nach Meinung von Herrn Radach wäre ein solches Projekt heute nicht mehr möglich. Solche hohen Risiken würde heute niemand mehr eingehen. Dem hielt Herr Knobbe entgegen, dass heute die Ausgangslage der Gemeinde besser ist. Er ist der Meinung, dass ein solches Projekt machbar wäre. Es sei zu bedenken, dass die Gemeinde ca. 1/3 ihrer Steuereinnahmen aus dem Gewerbegebiet an der B 1 generiert. Das Projekt solle nicht wegen Bedenken generell verworfen werden.

Derzeit beträgt der Verkaufswert der gemeindlichen Flächen im Gewerbegebiet an der B 1 60 €. Dies klinge zwar zunächst viel, sei aber verglichen mit den Preisofferten der Privatei-

gentümer wenig. Die Entwicklung durch die Gemeinde bleibe demnach attraktiv. Der damalige Entwicklungsaufwand der Gemeinde zahlt sich nunmehr nach über 20 Jahren aus, so langfristig plane kein privater Entwickler.

Herr Scherler schlägt unabhängig vom Thema AWF vor, einen Stadtplaner in den Ausschuss einzuladen. Er soll Hoppegarten betrachten und sagen, was er machen würde, wenn er keine Beschränkungen habe.

Herr Knobbe wendet ein, dass die bestehenden Beschränkungen mit betrachtet werden müssen. Hoppegarten hat durch seine Lage an der B 1 und der S-Bahn allerdings den Vorteil, über Entwicklungspotential zu verfügen. Die Landesplaner möchten von Berlin ausgehend an den Hauptachsen (Straßen- und S-Bahn-Trassen) die Entwicklung vorantreiben. Es könne ein entsprechender Auftrag an Herrn Findeis erfolgen. Die Ausschussvorsitzende griff die Anregung auf und sagte zu, dies für das erste Quartal im nächsten Jahr zu berücksichtigen.

Frau Herrmann hat Bedenken gegen weitere Planungen. Weitere Versiegelungen widersprechen der örtlichen Agenda, nach der Hoppegarten eine grüne Gemeinde sein wolle.

Die Ausschussvorsitzende äußerte ihr Erstaunen über die Zurückhaltung der CDU beim Thema AWF, da sie dieses auf Wunsch der CDU auf die Tagesordnung gesetzt hat. Herr Scherler teilte dazu mit, dass er noch immer auf die Antwort des Bürgermeisters zur entsprechenden Anfrage warte. Herr Knobbe verwies auf seine Antwort, dass er kein Konzept entwickeln müsse, sondern die Gemeindevertretung. Er würde sich daran beteiligen, aber dies nicht initiieren.

Herr Knobbe schlägt eine überfraktionelle Arbeitsgruppe zu diesem Thema vor. Diese solle aber nicht im Rahmen einer Gemeindevertreterversammlung beschlossen werden, sondern sich so finden. Es müsse eine Gruppe außerhalb der Gremien sein.

Gez. Karin Kollecker
Ausschussvorsitzende und Protokollantin